



Nr. 57 | 30.11.2021

Belarus-Analysen

Zivilgesellschaft und Repressionen in Belarus

■ EDITORIAL	
Hinweis auf das Policy Paper »Four scenarios for Belarus by the end of 2022«	2
■ ANALYSE	
Zivilgesellschaft in Belarus unter Repressionen Tatsiana Chulitskaya (Vytautas-Magnus-Universität, Kaunas)	3
■ UMFRAGEN	
Belarusische Zivilgesellschaft in der politischen Krise (Umfrage von BIPART, 2021)	7
■ DEKODER	
Zukunftsnostalgie Aliaksei Bratochkin (Europa-Universität Viadrina)	10
■ CHRONIK	
01. Juni – 31. August 2021	14

Hinweis auf das Policy Paper »Four scenarios for Belarus by the end of 2022«

Liebe Leserinnen und Leser,

die Redaktion der »Belarus-Analysen« möchte Sie auf das **Policy Paper »Four scenarios for Belarus by the end of 2022«** aufmerksam machen, das in Kooperation mit dem Arbeitskreis Belarus (www.ak-belarus.org) erstellt wurde.

Belarus durchlebt die schwerste politische Krise seit seiner Unabhängigkeit, die sowohl die lokale Gesellschaft als auch die europäische Sicherheit ernsthaft bedroht. Auch wenn viele interne Prozesse intransparent und kaum vorhersehbar sind, brauchen Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft eine Vision möglicher Narrative für die nähere Zukunft von Belarus.

Zwölf Expert:innen aus Belarus, Polen und Deutschland haben in siebenwöchiger Arbeit das Policy Paper verfasst. Das Paper skizziert vier mögliche Szenarien für die Zukunft des politischen Systems in Belarus bis Ende 2022. Die Szenarien basieren auf zwei zentralen Triebkräften, die für die politische Entwicklung in Belarus entscheidend sind: dem Grad der sozialen Mobilisierung und der demokratischen Transformation.

Ziel der Studie ist es nicht, die Zukunft vorherzusagen, sondern einen Rahmen für alternatives Denken zu schaffen, um Überlegungen zu möglichen Ereignissen, Trends, Chancen und Risiken zu stimulieren. Das Paper formuliert auch wünschenswerte normative Optionen für die politische Entwicklung in Belarus in den kommenden zwölf Monaten und gibt Politikempfehlungen, wie diese Optionen ermöglicht werden könnten.

Gibt es Korrelationen zwischen der internationalen Aufmerksamkeit für Belarus und dem Grad der sozialen Mobilisierung im Land? Ist ein demokratischer Übergang in Belarus nur durch Straßenproteste möglich? Können weit verbreitete Repressionen in Belarus zu – aus Sicht der Machthaber – höchst unbeabsichtigten Ergebnissen führen? Sollte eine mögliche Radikalisierung der prodemokratischen Kräfte als Bedrohung angesehen werden? Was macht Belarus für die EU wichtig? Und welche »schwarzen Schwäne« könnten zu den Game-Changern werden?

Das Projekt wird vom Auswärtigen Amt im Rahmen des Programms »Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland« und dem »German Marshall Fund der USA« finanziert.

Das Policy Paper ist online verfügbar: <https://ak-belarus.org>

Mit freundlichen Grüßen

Die Redaktion der »Belarus-Analysen«

Zivilgesellschaft in Belarus unter Repressionen

Tatsiana Chulitskaya (Vytautas-Magnus-Universität, Kaunas)

DOI: 10.31205/BA.057.01

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die veränderten Bedingungen für die Tätigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Belarus nach der Zuspitzung der politischen Krise, die 2020 begann; untersucht werden auch der Charakter und die Intensität der Arbeit. Mit Hilfe von offen zugänglichen Quellen und Umfragen bei Aktivist:innen zivilgesellschaftlicher Organisation werden die wichtigsten Probleme erörtert, denen sich der belarussische »dritte Sektor« gegenübersteht. Untersucht werden auch die weitere Arbeitsrichtung und die aktuellen Aufgaben der Organisationen. Eine Analyse der Daten zeigt, dass die verschlechterten Arbeitsbedingungen und die vielen Herausforderungen die Organisationen dazu zwingen, in einen Überlebenskampfmodus zu wechseln, was neue Organisationsformen für die Arbeit erfordert.

Einführung

Die politische Krise, die in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen 2020 einsetzte, hat die Existenz- und Arbeitsbedingungen der Zivilgesellschaft ganz offensichtlich verändert. Dabei sind zwei bedeutsame Tendenzen zu beobachten. Die erste sind qualitative und quantitative Veränderungen in der Zusammensetzung der Zivilgesellschaft. Sie ergaben sich in Folge der massenhaften politischen Mobilisierung und dadurch, dass der Begriff »Politik« aus einer bei breiten Bevölkerungsteilen marginalisierten Nische heraustrat. Zudem ist das Entstehen neuer Organisationen und Initiativen zu beobachten, etwa von Graswurzelinitiativen in den Höfen, von Crowdfunding-Organisationen zur Selbsthilfe (z. B. BYSOL), aber auch von spezialisierten Fachinitiativen (z. B. die Vereinigung medizinischer Mitarbeiter »Weiße Kittel«). Die zweite Tendenz besteht darin, dass die etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen in Belarus aufgrund der veränderten Umstände gezwungen waren, ihre Tätigkeit, ihre Form und ihre Arbeitsrichtung zu ändern.

Die Veränderungen in der Zivilgesellschaft waren vor allem auf die Protestaktivitäten in der belarussischen Gesellschaft zurückzuführen. Viele Aktivist:innen beteiligten sich an den Protesten, und die Arbeit der meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen war wegen der veränderten gesellschaftlichen Lage und der Stimmung unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Eis gelegt. Später, ab dem Spätfrühling und dem Sommer 2021 geriet die organisierte Zivilgesellschaft ins Visier des undemokratischen politischen Regimes und wurde zum wichtigsten Ziel der Repressionen. Daraufhin verloren viele Organisationen in Belarus ihren legalen Status; viele Aktivist:innen gerieten in Haft oder mussten das Land verlassen.

Dadurch haben bis zum November 2021 viele belarussische Organisationen der Zivilgesellschaft formal ihre Existenz beendet, versuchen aber, sich neu aufzustellen und im Ausland legal weiterzubestehen. Das

ist allerdings ein schwieriger Prozess, sowohl in Bezug auf die Organisation der Tätigkeit, als auch hinsichtlich der Arbeit mit den Zielgruppen, die noch im Land verblieben sind.

Gestützt auf eine Studie des Forschungszentrums SYMPA/BIPART, die vom Januar bis Juni 2021 erstellt wurde und den Zustand der organisierten Zivilgesellschaft und der neuen Initiativen analysiert, die in Belarus während der politischen Krise entstanden sind, sollen hier einige allgemeine Feststellungen über wichtige Entwicklungstendenzen der zivilgesellschaftlichen Organisationen getroffen und Schlussfolgerungen gezogen werden.

Die erwähnte Feldstudie hat nicht den Zeitraum der institutionellen Repressionen erfasst, mit denen gegen NGOs in Belarus vorgegangen wurde. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse vorgestellt, die unmittelbar die organisierte Zivilgesellschaft betreffen, also die Strukturen und Initiativen, die bereits vor der Krise von 2020 im Land bestanden hatten.

Als Untersuchungsmethode dienten 5 halbstrukturierte Interviews mit Aktivist:innen von Organisationen, die sich auf allgemeine Entwicklungsprobleme zivilgesellschaftlicher Organisation bezogen, eine Online-Befragung bei NGOs (23. April bis 24. Mai 2021 mit 62 Fragebögen) sowie acht Fokusgruppen mit Vertretern von Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen (insgesamt 67 Teilnehmer:innen).

Im ersten Abschnitt des Beitrags wird die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Belarus angesichts der politischen Krise untersucht. Im zweiten Abschnitt erfolgt ein kurzer Überblick über die Probleme, Aufgaben und Bedürfnisse der belarussischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Im Weiteren wird eine Klassifizierung der systematischen Repressionen gegen die organisierte Zivilgesellschaft und ihre Aktivist:innen vorgelegt. Es folgen Schlussfolgerungen über den Zustand zivilgesellschaftlicher Organisationen in Belarus.

Dynamik der Veränderungen in der belarusischen Zivilgesellschaft

Der Situation vor und nach den Wahlen von 2020 waren bedeutsame Veränderungen im Selbstverständnis der Bürger vorangegangen, wie auch im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat. Die bedeutsamsten Veränderungen erfolgten in Bezug auf den sogenannten Gesellschaftsvertrag, als die Bürger wegen der unangemessenen Politik des Staates zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gezwungen waren, sich selbst zu helfen. Gesellschaftliche Organisationen, Bürgerinitiativen und Aktivist:innen hatten ihre Anstrengungen vereint, um den Mediziner:innen und der belarusischen Gesellschaft als Ganzes zu helfen. Die **Solidarität**, die sich entwickelte, war in vielerlei Hinsicht eine neue Erscheinung, die der atomisierten und inkohärenten Gesellschaft, die viele Jahre unter undemokratischen politischen Bedingungen gelebt hat, früher nicht eigen war. Einen Höhepunkt erreichte diese Solidarität während der Proteste, und auch im Herbst 2020, als sich die Bürger intensiv in neuen Gemeinschaften und Graswurzelinitiativen zusammenschlossen. Die anschließende Phase heftiger Repressionen hatte allerdings Auswirkungen auf diese Praxis der Solidarität. Die neuen Initiativen schwanden wieder, die verbliebenen Aktivitäten wechselten in ein verdecktes, dissidentisches Format.

Parallel zu diesen breiteren gesellschaftlichen Veränderungen erfolgte auch eine **Transformation der Grundvoraussetzungen für das Funktionieren zivilgesellschaftlicher Organisationen**. Es ist offensichtlich, dass die veränderten politischen und rechtlichen Arbeitsbedingungen für NGOs zu den ernstesten Herausforderungen gehören. Die Bedingungen und Formate der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Belarus veränderten sich in der gleichen Zeit wie die gesamte belarusische Gesellschaft. Allerdings unterschieden sich diese Phasen inhaltlich voneinander. So war durch den Beginn der Pandemie im Jahr 2020 die Intensität der Tätigkeit der zivilgesellschaftlicher Organisationen in Belarus zurückgegangen. Die Organisationen waren wegen der Corona-Beschränkungen nicht mehr im gleichen Maße in der Lage, Veranstaltungen durchzuführen und mit ihren Zielgruppen zu arbeiten. Präsenzveranstaltungen konnten nicht oder nur eingeschränkt stattfinden. Viele Zielgruppen (besonders die sozial vulnerablen) gehörten medizinisch zu den Risikogruppen. Darüber hinaus wurde es praktisch unmöglich, Bildungs- und andere Reisen ins Ausland zu organisieren, die für eine Reihe von Organisationen eine wichtige Komponente ihrer Tätigkeit darstellten. Viele belarusische Organisationen der Zivilgesellschaft gingen mit unterschiedlichem Erfolg zu Online-Veranstaltungen über. Deren Intensität und Produktivität ist aber mit der von Präsenzveranstaltungen nicht vergleichbar.

In der folgenden, intensivsten Phase der politischen Krise (August bis November 2020) waren die meisten gesellschaftlichen Organisationen in Belarus entweder abgeschwächt oder praktisch gar nicht mehr tätig. Wichtig und interessant ist dabei, dass viele Aktivist:innen zwar intensiv an den Protesten beteiligt waren, die Organisationen in der Regel jedoch bei den Protesten institutionell nicht aktiv wurden. Viele Aktivisten wurden verhaftet, unter Druck gesetzt und verfolgt; die zivilgesellschaftlichen Organisationen jedoch existierten weiter und setzten in einigen Fällen sogar ihre Tätigkeit fort.

Bedeutsam ist, dass es in dieser Phase zu einer Zusammenarbeit zwischen »alten« und »neuen« Organisationen und Gemeinschaften kam, als nämlich Vertreter:innen der ersteren mitunter die Gelegenheit hatten, ihre Erfahrungen und Kenntnisse an neu entstehende Akteure weiterzugeben. Allerdings muss auch erwähnt werden, dass diese Zusammenarbeit nicht besonders breit und nicht organisierter, sondern eher zufälliger Natur war. Zum Beispiel, wenn einige Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen im gleichen Hof wohnten und in lokalen Gemeinschaften aktiv wurden. Seltener war es so, dass bestehende NGOs auf neue Initiativen zugingen und/oder um Hilfe gebeten wurden. Insgesamt aber war diese Zusammenarbeit nicht weit verbreitet und ist auch nicht zur allgemeinen Praxis geworden. Die in Form von Organisationen bestehende und die nun neu aufkommende Zivilgesellschaft blieben eher zwei Teile der Gesellschaft, die sich nur manchmal begegneten.

Nach der aktiven Phase der Proteste, also seit Dezember 2020, versuchten die Organisationen der Zivilgesellschaft, zu ihren eigentlichen Agenden zurückzukehren oder ihre Agenden an neue Aufgaben anzupassen. Dem stand jedoch eine neue Welle der Repressionen entgegen, die immer stärker eine institutionelle Stoßrichtung hatte und auf die Organisationen des dritten Sektors als solche abzielte. In dieser Phase mussten die NGOs ihre Tätigkeit wieder neu justieren und andere Prioritäten zu setzen.

Logisches Resultat dieser Entwicklung war ein systematisches und ernstliches Problem, nämlich die **fehlende Möglichkeit, langfristig unter den sich ständig ändernden widrigen Bedingungen zu planen**. In Grafik 1 ist zu erkennen, dass die Tätigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen in praktisch sämtlichen Phasen der politischen Krise weniger intensiv war als normalerweise.

Probleme, Aufgaben und Bedürfnisse zivilgesellschaftlicher Organisationen in Belarus

In der Phase vor den institutionellen Repressionen bestand eine der wichtigsten Herausforderungen darin, dass die Organisationen angesichts der sich ständig ändernden widrigen Bedingungen ihre Tätigkeit nicht

mehr langfristig planen konnten. Als Faktoren, die eine Planung erschweren, wurden in der erwähnten Studie von BIPART nicht nur die Arbeitsbedingungen für die Organisation selbst genannt, sondern auch die allgemeine Lage im Land, die ebenfalls Einfluss auf die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren hatte.

Bei der Zusammenarbeit mit dem Staat und mit Regierungsinstitutionen der unterschiedlichen Ebenen erfolgte eine wichtige Veränderung. Zum einen verzichteten Aktivist:innen der Organisationen aus ethischen Gründen bewusst auf eine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen, wenn diese oder deren Mitarbeiter als Akteure wahrgenommen wurden, die die Repressionen unterstützen und die für ein Regime arbeiten, das seine Legitimität verloren und den Interessen der eigenen Bürger zuwiderhandelt. **Vertreter staatlicher Stellen wiederum hörten auf, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten**, weil sie selbst Repressionen befürchteten, und weil das System sich zunehmend abschottete. Bemerkenswert ist dabei, dass Vertreter der Behörden die Lage in einem gewissen Maße als eine »bedauerliche« bezeichnen, die beendet werden müsse; sie erwarten eine Rückkehr zu jener politischen und bürgerschaftlichen Disposition, die im Land bis 2020 Bestand hatte.

Ein weiteres wichtiges Problem, mit dem die organisierte Zivilgesellschaft zu kämpfen hat, ist die **Apathie, die psychische Ermüdung, der »Burnout« der Mitarbeiter:innen und Aktivist:innen**. In gewissem Masse ist dieses Problem zivilgesellschaftlichen Akteuren stets eigen gewesen. Angesichts der sich zielstrebig verschlechternden politischen Bedingungen und der Repressionen ist es noch stärker spürbar geworden.

Zu den wichtigen Aufgaben, vor denen zivilgesellschaftliche Organisationen stehen, gehört nun, die Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Aus der Studie geht hervor, dass Mitglieder vieler Organisationen wegen ihrer politischen oder bürgerschaftlichen Haltung verfolgt wurden, auch schon vor Beginn der institutionellen Repressionen. Es ist kein Zufall, dass viele Organisationen zur Frage nach den vorrangigen Erfordernissen an erster Stelle die »Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiter:innen und Aktivist:innen, wie auch der Organisation als Ganzes« nannten.

Darüber hinaus rückte für die Organisationen in Belarus die **Suche nach neuen Formaten** in den Vordergrund, **in denen sie mit ihren Zielgruppen arbeiten** können. Das zeugt von einer gewissen Kluft zu jenen, auf die ihre Arbeit ausgerichtet ist. Interessanterweise nannten die Organisationen als wichtige Aufgabe nicht nur die Lösung von Problemen hinsichtlich ihrer Funktionsfähigkeit, sondern auch der Zusammenarbeit mit neu entstandenen Initiativen. Man kann annehmen, dass in der organisierten Zivilgesellschaft (oder zumindest bei einigen ihrer Vertreter:innen) der Gedanke prä-

sent ist, dass es sinnvoll wäre, den neuen Initiativen, die aktive Menschen anziehen und einbinden, ihre besten Praktiken zu vermitteln.

Die genannten Vorstellungen zu den aktuellen Herausforderungen des dritten Sektors lassen sich zu folgenden Blöcken bündeln:

- **Lösung interner Aufgaben**, also die Frage, wie die Organisationen und deren Mitarbeiter:innen / Freiwilligen erhalten bleiben könnten, und wie angesichts der neuen, sich radikal ändernden Bedingungen die Arbeitsprozesse einzurichten wären.
- **Anpassung an die sich stetig verschlechternden Bedingungen**, Suche nach neuen Ansätzen, Arbeitsformen, Themen und einer neuen Ausrichtung der Tätigkeit. Außerdem sei die Bestimmung des eigenen Ortes und der Rolle in der veränderten Situation wichtig.
- **Konsolidierung innerhalb des dritten Sektors** und Förderung der Verbindungen zu neuen Initiativen und zu Unternehmen sowie die Weiterentwicklung von Kooperation und Solidarität.

Unter den grundlegenden Bedürfnissen, die in der fortschreitenden politischen Krise bei den Organisationen entstanden, sind einige von besonderem Gewicht. Am aktuellsten ist die Aufgabe, die **digitale und physische Sicherheit zu gewährleisten** und in der ungewissen Lage die Kompetenz zur Arbeitsplanung zu bewahren. Ein wichtiger Bedarf besteht für die Organisationen und die Aktivist:innen darin, dass diejenigen, die den dritten Sektor unterstützen, ihre **Anforderungen gegenüber den Empfängerorganisation anpassen**. Das gilt vor allem für ausländische **Förderorganisationen**, da diese angesichts des nahezu vollkommenen Fehlens von Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb des Landes die einzige Quelle darstellen, die das Funktionieren der NGOs gewährleistet.

Repressionen gegen die organisierte Zivilgesellschaft

Bei einer qualitativen Einordnung der Repressionen, die gegen die organisierte Zivilgesellschaft erfolgten und erfolgen, lassen sich drei wichtige Richtungen erkennen.

- **Erosion der menschlichen Ressourcen**. Verhaftungen, Geldstrafen, Administrativarreste, Gefängnisstrafen wegen angeblicher Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten, sowie die erzwungene Abwanderung von Leitern und/oder Mitgliedern der NGOs (und mitunter ganzer Organisationen) beeinträchtigen die Funktionsfähigkeit der Zivilgesellschaft innerhalb von Belarus. Diesem Druck sind Organisationen aus den unterschiedlichsten thematischen Bereichen ausgesetzt. Den größten Druck erfahren die Menschenrechtsorganisationen, doch bedeutet bürgerschaftliches Engagement und Aktivismus *de facto* in jedem Bereich Gefahr.
- **Verlust der technischen und institutionellen Arbeitsmöglichkeiten**: Konfiszierung von Geräten

und Unterlagen, Kontensperrungen, verweigerte Veranstaltungsorte, Überprüfungen, formale Auflösung juristischer Personen usw.

- **Beträchtliche Reduzierung / Einschränkung der Finanzierungsmöglichkeiten.** Die Registrierung von Fördermitteln bei der Abteilung für humanitäre Tätigkeiten des Verwaltungsamtes des Präsidenten ist praktisch eingestellt bzw. erfolgt nur sporadisch, ohne erkennbare Logik. Selbst weniger umfangreiche Fördermittel für politikferne oder apolitische Organisationen aus dem sozialen Bereich, die mit vulnerablen Bevölkerungsgruppen arbeiten, werden nicht registriert. Paradoxerweise bedeuten jetzt die früher am stärksten legalisierten Arbeitsbereiche (z. B. die Registrierung von Fördermitteln aus dem Ausland oder die Beteiligung an internationalen Projekten) für Organisationen, die vor der politischen Krise im legal tätig waren, die größte Gefahr. Auf gleiche Weise schmälern sich die Finanzierungsmöglichkeiten für NGOs innerhalb des Landes, da unklar ist, wer, wann und aus welchem Grunde als Staatsfeind gebrandmarkt werden könnte. Gelder für gesellschaftliche Belange zu spenden, wird immer riskanter – sowohl für Unternehmen, wie auch für einfache Bürger:innen. Darüber hinaus wurden **praktisch alle im Land tätigen Crowdfunding-Plattformen vernichtet.**

In einer solchen Situation steht das Überleben der einst bestehenden Strukturen und die Bewahrung des organisatorischen und menschlichen Potenzials des organisierten dritten Sektors auf drastische Weise in Frage.

Schlussfolgerungen

Die Ereignisse des Jahres 2020 haben auf einschneidende Weise die Beziehungen in der belarusischen Gesellschaft neu strukturiert. Das betraf praktisch alle gesellschaftlichen Gruppen, Bereiche und Institutionen. In einer Phase, als in der Welle der Reaktionen auf das Coronavirus und der politischen Mobilisierung das in den vorherigen Jahren angesammelte Kapital an Solidarität, bürgerschaftlicher Verantwortung und Selbstorganisation

aktualisiert wurde, hat die Zivilgesellschaft in Belarus eine neue Qualität erlangt. Auf dieses im Vergleich zu früher breitere »Erwachen« der Zivilgesellschaft erfolgten umgehend massive Repressionen durch das Regime.

Die Arbeitsbedingungen der Zivilgesellschaft verschlechtern sich unentwegt in sämtlichen Bereichen. Die größte Bedeutung hat der **Kollaps des Rechts in Belarus**, wobei auch die Verschlechterung der Bedingungen für eine wirtschaftliche Betätigung und die Veränderungen in der Medienlandschaft sehr wichtig sind. Das Regime in Belarus zerstört systematisch die institutionellen Grundlagen einer Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Bereichen wie auch die Infrastruktur jedweder freien Aktivität. Dabei nimmt es weder auf wirtschaftliche oder Image-Verluste des Regimes Rücksicht noch auf die sozialen und humanitären Folgen für das Land. Das verändert das Muster der Zusammenarbeit der organisierten Zivilgesellschaft mit dem Staat, wie auch mit anderen gesellschaftlichen Akteuren.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Belarus arbeiten derzeit unter extrem widrigen Bedingungen. Für viele NGOs rückt jetzt die Sicherheit ihrer Organisation und ihrer Mitglieder sowie die Bewahrung des organisatorischen und menschlichen Potenzials in den Vordergrund. Der dritte Sektor bleibt ein potenzieller Vermittler für soziale und politische Transformationen im Lande. Seine Rolle beschränkt sich jedoch vor allem darauf, lokale Räume freier Aktivität offenzuhalten sowie die menschlichen Ressourcen sowohl innerhalb wie auch außerhalb des Landes zu bewahren.

Die Einbindung von Aktivist:innen der »neuen Welle« in die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen oder eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen etablierten Organisationen und neuen Initiativen könnte angesichts der gegenwärtigen schwierigen Bedingungen die Weiterentwicklung und Festigung der gesamten Zivilgesellschaft befördern. Eine solche Entwicklung wird allerdings durch die heftigen Repressionen stark erschwert.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Tatsiana Chulitskaya (PhD) ist Senior Researcher an der Fakultät für Politikwissenschaft und Diplomatie der Vytautas-Magnus-Universität in Kaunas und akademische Direktorin der Schule für junge Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung (*School of Young Managers in Public Administration – SYMPA*) in Belarus.

Lesetipps

- Belarusian Institute for Public Administration Reform and Transformation (BIPART): The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis. Research report; October 2021; http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/csos_survey_report_public.pdf
- Douglas, Nadja: Belarus: From the Old Social Contract to a New Social Identity [=Centre for East European and International Studies: ZOiS Report 6/2020]. 9. November 2020; <https://en.zois-berlin.de/publications/belarus-from-the-old-social-contract-to-a-new-social-identity>

UMFRAGEN

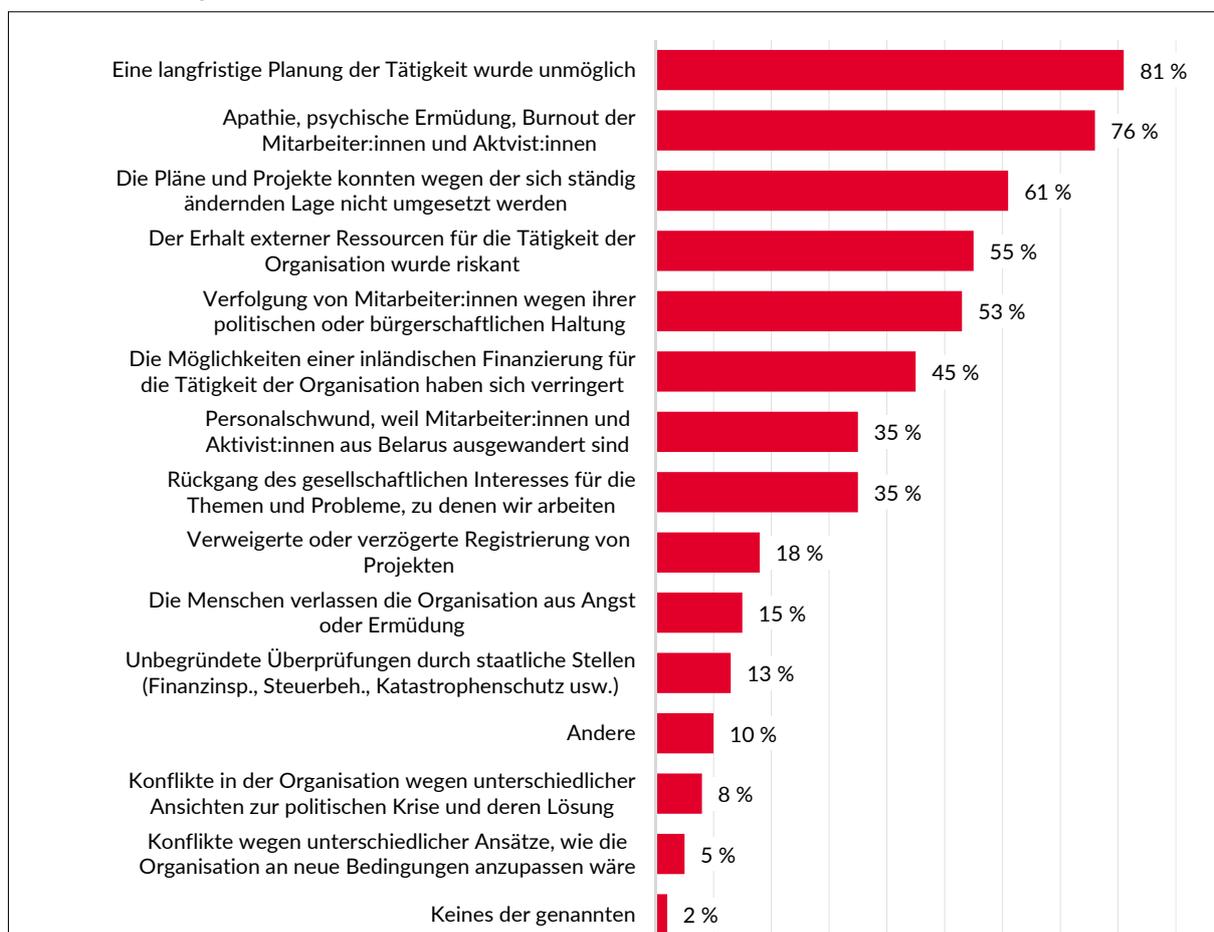
Belarusische Zivilgesellschaft in der politischen Krise (Umfrage von BIPART, 2021)

Grafik 1: Bewerten Sie bitte, wie sich insgesamt die Intensität der Tätigkeit Ihrer Organisation im vergangenen Jahr verändert hat.

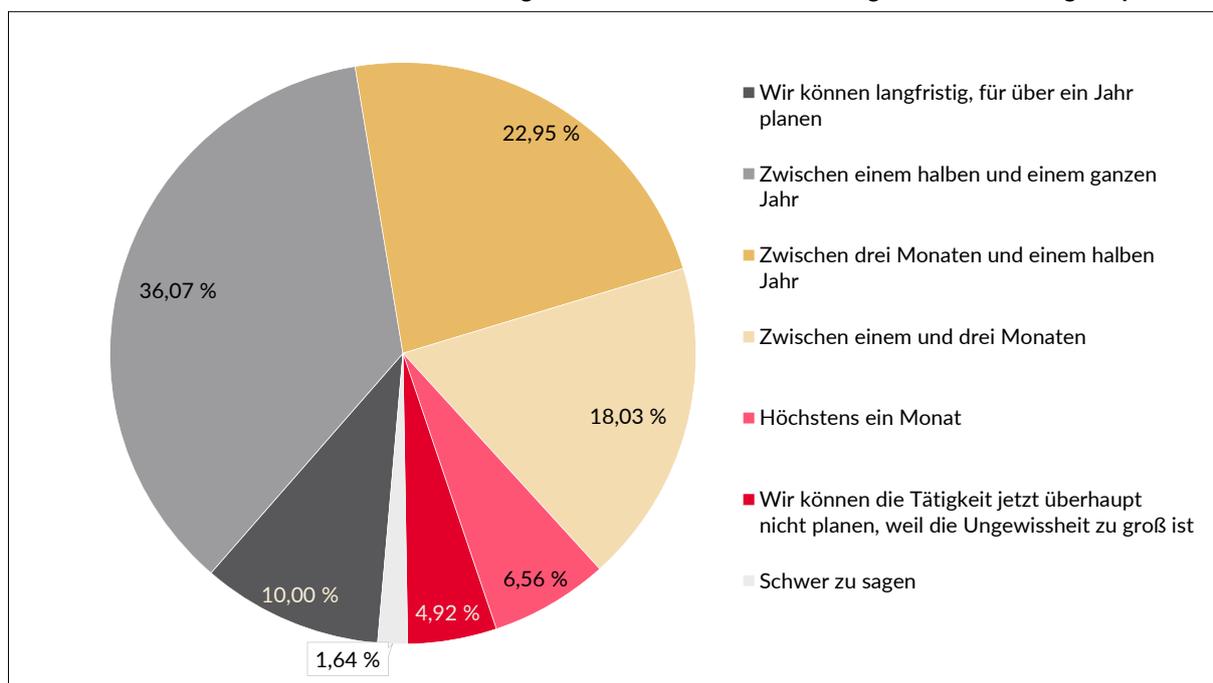


Quelle: The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis, BIPART, 2021, Seite 6; http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/csos_survey_report_public.pdf

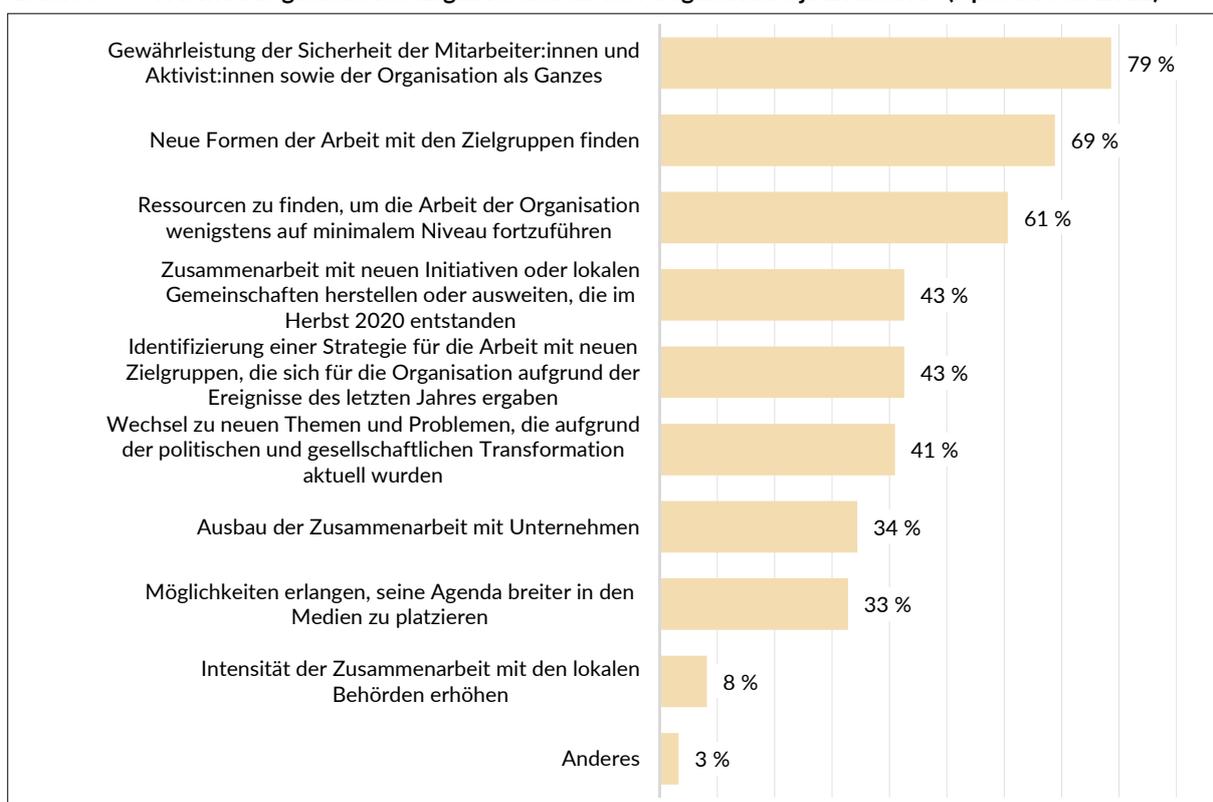
Grafik 2: Mit welchen der genannten Probleme hatte Ihre Organisation im Herbst und Winter 2020/21 zu kämpfen?



Quelle: The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis, BIPART, 2021, Seite 7; http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/csos_survey_report_public.pdf

Grafik 3: Für welchen Zeitraum kann Ihre Organisation heute mehr oder weniger sicher ihre Tätigkeit planen?

Quelle: *The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis*, BIPART, 2021, Seite 9; http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/csos_survey_report_public.pdf

Grafik 4: Welche der genannten Aufgaben sind für ihre Organisation jetzt aktuell? (April bis Mai 2021)

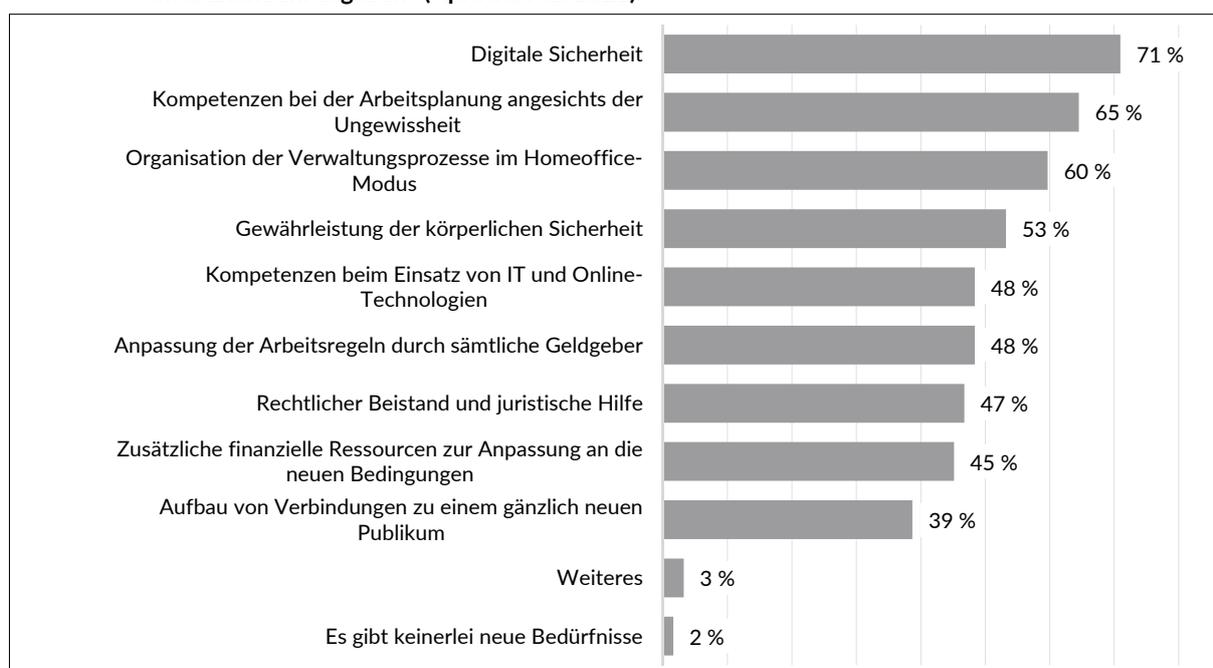
Quelle: *The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis*, BIPART, 2021, Seite 15; http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/csos_survey_report_public.pdf

Grafik 5: Bei welchen der aktuellen Probleme würden Sie und Ihre Organisation an einer Lösung mitarbeiten wollen oder können? (April bis Mai 2021)

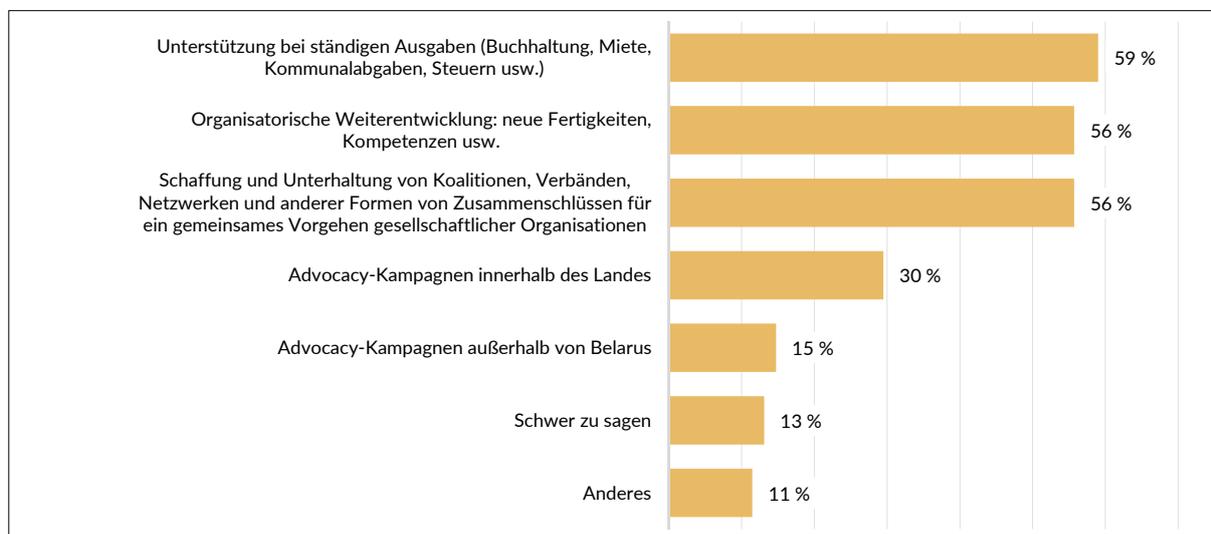


Quelle: *The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis*, BIPART, 2021, Seite 16; http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/csos_survey_report_public.pdf

Grafik 6: Welche neuen Bedürfnisse haben sich für Ihre Organisation wegen der veränderten Bedingungen im letzten Jahr ergeben? (April bis Mai 2021)



Quelle: *The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis*, BIPART, 2021, Seite 17; http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/csos_survey_report_public.pdf

Grafik 7: In welchen Richtungen ist eine Unterstützung gegenwärtig am aktuellsten (April bis Mai 2021)

Quelle: *The situation with and urgent needs of Belarusian civil society organizations (CSOs) in political crisis*, BIPART, 2021, Seite 18; http://sympa-by.eu/sites/default/files/library/csos_survey_report_public.pdf

DEKODER

Zukunftsnostalgie

Aliaksei Bratochkin (Europa-Universität Viadrina)

Der folgende Beitrag erschien ursprünglich am 12.10.2021 auf der Webseite colta.ru und wurde von deko-der ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekode

Der Protestsommer 2020 brachte die Idee der Zukunft nach Belarus zurück. Menschenmassen in Minsk und anderen Städten demonstrierten die Absicht, ihre Zukunft selbst zu bestimmen – ein Recht, das das autoritäre Regime ihnen abgesprochen hatte.

Der französische Historiker François Hartog erforscht die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Gemeinschaften und der Kategorie Zeit. Er verwendet den Begriff »Geschichtlichkeitsmodus« (*régime d'historicité*), um zu zeigen, wie in unterschiedlichen Gemeinschaften Vorstellungen zur eigenen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft generiert werden: von dem Versuch, die Grundlagen fürs Leben im Goldenen Zeitalter zu finden, also in einer idealisierten Vergangenheit, über Bestrebungen, die Zukunft nahe heranzuholen und mit dieser »futuristischen« Aufgabe zu leben, bis hin zu einer Dominanz der Gegenwart, die Vergangenheit und Zukunft bestimmt.

Wenn man über die belarussische Wirklichkeit der letzten dreißig Jahre spricht, so kann man sie anhand wechselnder Zukunftskonzepte beschreiben, von denen es in meiner Generation schon mehrere gegeben hat.

Wir haben verschiedene Versionen einer kollektiven Zukunft erlebt, überlebt, aufgegeben und uns enttäuscht von ihnen losgesagt. Eine dieser Zukünfte prägte uns in der UdSSR, doch diese Zukunft Nr. 1 war 1991 zu Ende. Die Zukunft Nr. 2 stellte sich dann in den 1990er Jahren ein, sie war optimistisch und utopisch, wenn auch der sowjetischen diametral entgegengesetzt. Diese Zukunft wiederum fand einen autoritären Ersatz in der Zukunft Nr. 3, die jedoch 2020 endgültig in sich zusammenstürzte. Und so stehen wir vor einer neuen Version der Zukunft, der Zukunft Nr. 4. Was erwartet uns?

Zukunft Nr. 1

Bis heute ist die übliche Sichtweise, dass die UdSSR in einem besonderen, futuristischen Geschichtlichkeitsmodus beziehungsweise Zeitbezug existierte – eine Gesellschaft, deren Entwicklung von der Zukunft, vom Aufbau des Kommunismus, bestimmt war. Natürlich gab es auch hier Nuancen – doch eigentlich war das Bild der offiziellen Zukunft alternativlos.

Für mich, wie für viele andere meiner Generation – die formal der vom Kulturanthropologen Alexei Yurchak beschriebenen letzten sowjetischen Generation der Mitte der Siebziger Geborenen angehörte – war eine spezielle Wahrnehmung der Zukunft ein enorm wichtiger Aspekt des Erwachsenwerdens.

Was hatten wir damals für eine Vorstellung von unserer, der persönlichen und der kollektiven, Zukunft? Technokratische Phantasien der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mischten sich mit ideologischen Postulaten des sowjetischen Marxismus und (in unserem Fall) einer kindlichen, etwas infantilen Einschätzung der eigenen Möglichkeiten. Gleichzeitig war diese Zukunft unmittelbar bedroht: Jeden Moment konnte ein Atomkrieg mit dem kapitalistischen Westen ausbrechen.

Der Glaube an regelmäßige Raumflüge in naher Zukunft existierte in meiner sowjetischen Kindheit in den frühen 1980er Jahren Seite an Seite mit der Propaganda für das ultimative soziale Bestreben der Sowjetbürger – den Aufbau des Kommunismus (und das war die richtige Zukunft).

Das in der Sowjetunion beliebte Genre der Science Fiction enthielt nicht nur utopische Beschreibungen einer positiven Zukunft – es war ein Ergebnis der Zensur. In der UdSSR durften keine Dystopien veröffentlicht werden (der Roman 1984 von George Orwell kursierte im Samisdat), sodass dieses Genre zum Teil durch Science Fiction ersetzt wurde. Auch in den offiziell veröffentlichten Büchern fand sich immer Platz für Anspielungen auf soziale Probleme, und eine Reihe sowjetischer Phantasten, etwa die Brüder Strugatzki, trieben diese besondere Sprache zur Perfektion. Die sowjetischen Dissidenten der 1960er Jahre sahen die Zukunft kritisch, und Andrej Amalrik schrieb einen fast prophetischen Text: »Überlebt die UdSSR bis 1984?«

1988 erschien im noch sowjetischen Belarus, in der Zeit von Gorbatschows Reformen, Andrej Mrys satirischer Roman Notizen von Samson Samossui aus dem Jahr 1929. Der Autor dieses Romans wurde in den 1930er Jahren politisch verfolgt und sah sich vor seinem Tod gezwungen, Briefe an Stalin mit der Bitte um Begnadigung zu schreiben. In seinem Roman beschrieb er einen »neuen Sowjetmenschen«, der auf groteske Weise alle Anweisungen der Staatsmacht erfüllte und darauf seine Karriere aufbaute. Diese Satire kann man auch als Beschreibung einer gescheiterten Utopie lesen – des

Misserfolgs der Bolschewiki bei der Erschaffung einer sozialistischen Zukunft. In gewisser Hinsicht war das eine Dystopie, wenn auch als Satire verkleidet. Seitdem sind dystopische Motive in der belarussischen Literatur äußerst selten.

Jelena Swetschnikowa, die dystopische Texte in der belarussischen Literatur erforscht, schreibt in ihrer Dissertation, dass das Genre der Dystopie in Belarus erst in den 1980er, 1990er Jahren zu finden ist. Sie konstatiert einen spezifischen Charakter der dystopischen Zukunftsvisionen in Belarus: »Kulturelle, politische und soziale Veränderungen werden in der belarussischen Dystopie negativ bewertet.« Die Propaganda sprach vom Kommunismus, die Schriftsteller hingegen schrieben konservative, patriarchale Bücher, die Modernität und Urbanität kritisierten und zur Rückkehr in eine vorindustrielle Harmonie aufriefen.

Konservatismus kann man hier als Reaktion auf die radikalen sozialen Veränderungen und die rasend schnelle Modernisierung interpretieren, die in der Stalinzeit und in den 1960er bis 1970er Jahren ihren Höhepunkt erreichten. Die Transformation ging schnell vonstatten und hinterließ eine schwer beschädigte Vergangenheit, die in der sozialen Imagination der Intellektuellen keinesfalls zu einer wahrhaft optimistischen Zukunft werden konnte.

Einer der erfolgreichsten Filme der spätsowjetischen Populärkultur war die fünfteilige Fernsehserie *Gast aus der Zukunft* aus dem Jahr 1985, in dem auch Michail Gorbatschows Perestroika begann. In diesem für Schüler gemachten Film kommt Moskau im Jahr 2084 vor: Die Menschen bewegen sich in individuellen Flugzeugen fort, zwischen Planeten verkehren regelmäßig Raumschiffe, es gibt einen Apparat zum Gedankenlesen et cetera.

Die Handlung jedoch spielt fast ausschließlich in der Vergangenheit, im Moskau des Jahres 1984: Kolja Gerassimow, ein einfacher Pionier, seine Freunde und Alissa, ein mit Superkräften ausgestattetes Mädchen aus der Zukunft, versuchen, einen Gedankenleseapparat zurückzuholen, den Weltraumpiraten entführt haben. Das Leben 1984 ist leicht ironisch dargestellt – seltsame Erwachsene, das ewige Problem mit der Mangelware und ein ziemlich alltägliches Leben der Sowjetmenschen, das wenig von der Präsenz von Weltraumtechnik spüren lässt. Durch die Gegenüberstellung von Moskau 1984 und der strahlenden Zukunft 2084 konnte das Publikum sich fragen: Wie kann eine solche Zukunft das Ergebnis jener Gegenwart sein, die wir jetzt um uns haben?

Der für Kinder gedrehte Film erzählt recht blumig eher von Erwachsenen und der Unmöglichkeit einer Zukunft, von Zynismus, Zweifel und Kritik und von den Hoffnungen der älteren Generation, die im Leerlauf

zwischen dem irgendwann verblichenen Optimismus und dem Realsozialismus der 1970er und 1980er Jahre aufgewacht sind. Die Zukunft bringt durch ironische Gegenüberstellung die Probleme der Gegenwart zur Geltung, deren Lösung jedoch utopisch, unmöglich bleibt.

Am Ende des Films erklingt das Lied *Prekrasnoje daljoko* (dt. Das Schöne ist weit weg), in dessen Text die Zukunft gebeten wird, »nicht grausam zu sein« – und fast alle Heldinnen und Helden bleiben im Jahr 1984. Das Lied wurde unfassbar populär und ikonisch für mehrere Generationen; es transportiert eine besondere Stimmung – fast ein Gebet, dass unsere Kinder besser leben mögen als wir. Es trägt auch eine besondere Nostalgie in sich – eine Zukunftsnostalgie über etwas, das nie eingetroffen ist, aber so wahrscheinlich erschien, fast schon greifbar, fast real.

Der Super-GAU im Atomkraftwerk Tschernobyl 1986 setzte den technokratischen Zukunftsphantasien ganz plötzlich ein Ende und rückte die Probleme der Gegenwart wieder in den Mittelpunkt. Der Zerfall der UdSSR 1991 war nicht nur das Ende des sowjetischen Projekts mit seinen utopischen Zukunftsvisionen, sondern bot für viele auch eine neue kollektive Idee – die Rückkehr zur Normalität in Form von Verwestlichung, Markt und Demokratie.

Zukunft Nr. 2

Der belarussische Alltag veränderte sich nach 1991 schnell und radikal. Das Bild der kollektiven kommunistischen Zukunft war verschwunden: An seine Stelle trat ein Gefühl von Freiheit, Chancen, aber auch Besorgnis, sowie von individuellen Perspektiven (zumindest für jene, die Ressourcen für Veränderungen hatten oder wenigstens die Hauptressource – ihre Jugend). Das gemeinsame Wertesystem kollabierte, die gewohnten sozialen Strukturen begannen sich aufzulösen, und eines der wichtigsten Kriterien für sozialen Erfolg wurde Geld.

Ganz plötzlich verließ das Geld der Zukunft eine Materialität – sie war nun objektiviert, individualisiert und drückte sich darin aus, wie und was man konsumieren kann. Gleichzeitig war die Zukunft nicht mehr ganz Zukunft, also etwas, das man sich nur schwer bis ins Letzte vorstellen kann. Sie hat sich maximal der Gegenwart angenähert, in der man so leben muss, dass man jetzt Geld verdienen kann und am sozialen Erfolg beteiligt ist. Eines der Symbole dieser Gegenwarts-Zukunft sind die Kleider-, Haushalts- und Technikmärkte in den belarussischen Städten, die in den 1990er Jahren fast spontan entstanden – in Sportstadien, auf Plätzen, auf denen früher sozialistische Kundgebungen abgehalten wurden, und überall, wo auch nur die kleinste Möglichkeit dazu bestand. Auf diesen Märkten arbeiteten Menschen, die von ruinierten staatlichen Betrieben, wissenschaftlichen Instituten und Schulen entlassen worden waren.

Die Märkte waren gerammelt voll mit neuen Waren aus dem Ausland. Die Nachfrage war stabil und mit Versuchen verbunden, durch Konsum neue soziale Zugehörigkeiten zu markieren. Dieser übersteigerte Konsum war bestimmt auch eine unbeabsichtigte Folge des sowjetischen Traums vom Aufbau des Kommunismus – die Zukunft muss man endlich nicht mehr aufschieben, endlich kann man leben.

Und während auf Alltagsebene die Zukunftsträume sehr pragmatische Formen annahmen, entwickelten sich auf Ebene des intellektuellen und politischen Lebens eigene Vorstellungen davon, wie man schneller zu einem Belarus der Zukunft kommt, zu einem demokratischen, europäischen Land, das sich einfügt ins politische Weltsystem, das seine Bipolarität und Zweigeteiltheit während des Kalten Krieges endlich abgelegt hat. Auch der gefeierte Besuch von US-Präsident Bill Clinton 1994 in Belarus war eine symbolträchtige Episode im Verschwinden des gewohnten Feindbilds, das in der Sowjetzeit geprägt wurde und als dessen Finale eine »nukleare Apokalypse« im Fall eines Krieges mit dem Westen erwartet wurde.

Die Ideen der ersten Jahre der Unabhängigkeit von 1991 bis 1994 transformierten sich zu einer Idee der »Nationsbildung«, zu Versuchen, endlich ein Land und eine Gesellschaft zu entwickeln, die alle Kriterien eines Nationalstaats erfüllen, der die Idee des Imperiums besiegt und überlebt hat. Identität wurde zur Politik (wie immer), die Geschichte wurde nun »aus einer nationalen Perspektive« diskutiert, und es entstanden neue staatliche Strukturen und Institutionen.

Wenn wir uns jetzt an diese Zeit erinnern, sprechen wir von der Naivität dieser Gesellschaft, die überzeugt war, man könne alle Institutionen reformieren und die alten Probleme innerhalb kurzer Zeit loswerden. Aus dieser Naivität entstand jedoch allmählich die Erfahrung des zivilgesellschaftlichen und politischen Lebens.

Die Jahre 1991 bis 1994 waren turbulent; es gab keinen Zweifel, dass die Dynamik unumkehrbar war – es schien kein Zurück mehr zu geben. Und auch hier drängt sich wieder der Gedanke der Naivität auf – viele dachten damals, die Freiheit würde sich von selbst einstellen, man müsse sich darum nicht sonderlich kümmern. Die Gesellschaft dachte nicht mehr so intensiv an die Zukunft wie früher, die Zukunft war da, und das genügte. Weniger Utopien, mehr Pragmatik, und die Überzeugung, alles laufe bestens. Wir waren endlich unabhängig, das war das Wichtigste. Doch paradoxerweise wandelte sich die Zukunft, als wir aufhörten aktiv darüber nachzudenken, in eine Diktatur.

Zukunft Nr. 3

Lukaschenkos Regime, das 1994 begann, erschien vielen wie eine Diktatur aus der Vergangenheit, alle sahen

darin das Sowjetische. Was auch Lukaschenko selbst unterstützte: Solange nostalgische Bilder aus der Sowjetzeit dafür eingesetzt werden konnten, wurde das auch doppelt und dreifach getan, mindestens bis Anfang – Mitte der 2000er Jahre.

Später nutzte die Staatsführung die sowjetische Vergangenheit nur noch selektiv. Als wichtige symbolische Ressource wurde nur noch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg maximal genutzt, angepasst an die Bedürfnisse der neuen (alten) politischen Klasse.

Und was wurde aus der Idee der Zukunft? Im Unterschied zur sowjetischen Idee einer kommunistischen Zukunft mit ihrem Utopismus und ihrem Globalismus sowie im Unterschied zur Atmosphäre des Übergangs und der Erlangung der Unabhängigkeit in der ersten Hälfte der 1990er Jahre beschränkte sich die Idee der Zukunft unter der Herrschaft Lukaschenkos auf eine einfache propagandistische Formel: Ohne Lukaschenko hat das Land keine Zukunft.

Die 2000er Jahre begannen mit der Gründung des Museums der modernen belarussischen Staatlichkeit, das so gut wie nichts vom Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre erzählte, nichts über die Zeit vor Lukaschenkos Amtsantritt. Seitdem dominiert die Auslöschung der Vergangenheit, das Schweigen über die politischen Querelen in den 1990er Jahren und darüber, dass es damals eine Alternative zu Lukaschenko hätte geben können. Zu Lukaschenko gab und gibt es nun keine Alternative mehr, weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft. So, wie es auch die Zukunft selbst nicht gibt. Die Vergangenheit wurde zensiert, die Zukunft auf die Frage reduziert, wie lange Lukaschenko leben wird, und übrig blieb eine Gegenwart, in der politischer Populismus die Hauptrolle spielte.

Zur wichtigsten Losung in Belarus wurde das Wort »Stabilität«. Stabilität bedeutete die Unveränderlichkeit des politischen Regimes und jener zwiespältigen Atmosphäre, die sich im Land entwickelte, als viele ihrer Bürger zwar verstanden, was Autoritarismus bedeutet, ihn aber trotzdem nicht als Katastrophe empfanden und bereit waren sich anzupassen. Alle verzettelten sich im autoritären Alltag, im Konsum und auf der Suche nach Nischen zum Überleben. 2013 berichteten die Medien, dass Werbeflächen im Zentrum von Minsk von jemandem mit Plakaten »Diese Stabilität ist wie der Tod!« überklebt wurden. Diese Kunstaktion brachte das Geschehen auf den Punkt.

In den 2010er Jahren entstand ein neuer Mythos, der eine Illusion der Zukunft erzeugen sollte – der Mythos vom »IT-Land«. Die IT-Sphäre hatte sich abseits der staatlichen Planung entwickelt, doch die Regierung schaffte es trotzdem, sich diesen Trend auf die Fah-

nen zu schreiben, nicht zuletzt dank der Lobbyarbeit von Vertretern der Branche. Der neue High-Tech-Park in Minsk sollte als Argument dafür dienen, dass Autoritarismus fähig zur Modernisierung ist und Belarus einer digitalen Zukunft entgegenseht. Die Proteste im August 2020, die vor dem Hintergrund eines fast vollständigen Internet-Shutdowns passierten, zogen auch unter diese Geschichte von der digitalen Zukunft einen Schlussstrich.

Zukunft Nr. 4

Die Proteste des Jahres 2020 machten die Legitimität des autoritären Regimes zunichte, das als Antwort Gewalt zum zentralen politischen Werkzeug und zur Grundlage des Systems machte. Die Atmosphäre in Belarus schwankt heute zwischen Verzweiflung und Hoffnung. Das bestehende System kann sich noch halten, aber eine Zukunft hat es nicht (nur die Vergangenheit wird ausgenutzt und Gewalt angewendet).

Wie können wir uns heute in Belarus die Zukunft vorstellen? Welche Fragen stehen an? Einige von ihnen betreffen die politische Praxis: Welcher Weg führt aus dem Autoritarismus heraus, was wird mit unseren Institutionen und Vorgehensweisen, welchen Preis werden wir zahlen müssen? Wird es uns gelingen, das Erbe der Diktatur zu verdauen und ein System zu erschaffen, in dem Diktatur nicht mehr möglich sein wird? Wird dieses System auch demokratisch, sozial gerecht, inklusiv sein, werden wir in der Lage sein, horizontale Strukturen und Verbindungen aufzubauen? Wird es uns außerdem gelingen, über den politischen Pragmatismus hinauszugehen und allen unseren Bemühungen mehr Gewicht und mehr Sinn zu verleihen?

Diese Fragen stellen sich wohl viele im Land schon jahrelang mit unterschiedlicher Intensität. Und all diese Jahre hindurch sehen wir Versuche, auf die Bilder einzuwirken, wie Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft aussehen – mit unterschiedlichem Erfolg. Das Verschwinden der sowjetischen Utopie der kommunistischen Zukunft und des nationalen Projekts der Unabhängigkeit der späten 1980er und frühen 1990er Jahre schufen eigene Zukunftsnostalgie unterschiedlicher Zukünfte (und Vergangenheiten).

Die Proteste von 2020, Repressionen, Gewalt und der 2021 fortgesetzte Widerstand haben die Diskussion über die Zukunft wieder aufgebracht und vermitteln das Gefühl ihrer Wiederkehr. Gelingt es uns, diese Chance zu nutzen, oder bleibt es bei einer weiteren Nostalgie, einem weiteren nicht realisierten Projekt kollektiver Zukunft?

Übersetzung aus dem Russischen von Ruth Altenhoder

Quellenangaben zum Text finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Aliaksei Bratochkin ist Historiker und Dozent an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt (Oder)).

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://www.colta.ru/articles/specials/28544-aleksey-bratochkin-belarus-budushee-chetyre-versii>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/zukunftsnostalgie-alexey-bratochkin>. Dieser Beitrag wurde übernommen im Rahmen des Projektes »Belarus: Spurensuche in der Zukunft«, das dekoder in Zusammenarbeit mit der S. Fischer Stiftung durchführt.

Die Redaktion der Belarus-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem Qualitätsjournalismus in Osteuropa eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder

[RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

CHRONIK

01. Juni – 31. August 2021

01.06.2021	Aljaksandr Lukaschenka kündigt an, es werde beim Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 28. Mai in Sotschi eine Einigung darüber geben, dass es »keine Probleme« mit Öllieferungen nach Belarus geben wird.
02.06.2021	Der Leiter des »Nationalen Antikrisen-Managements«, Pawel Latuschka, erstattet bei der Staatsanwaltschaft in Warschau Anzeige gegen Lukaschenka. Latuschka hält es für wichtig, die Aufsichtsbehörde über »die Gefahr physischer Beseitigung und geplanter Verbrechen von Lukaschenka« und weiterer Vertreter des Staates in Belarus zu informieren.
01.06.2021	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Teresa Ribeiro, fordert die belarusischen Behörden auf, alle im Land verurteilten, festgenommenen oder inhaftierten Journalist:innen und anderen Medienschaffenden freizulassen.
02.06.2021	Abgeordnete des Europäischen Parlaments, nämlich der Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Belarus, Robert Biedroń und der Sonderberichterstatter des Europäischen Parlaments zur Lage in Belarus, Petras Auštrevičius, fordern die EU auf, das vierte Sanktionspaket gegen die belarusischen Behörden unverzüglich zu verabschieden.
02.06.2021	Valdas Adamkus, ehemaliger Präsident Litauens (1998–2003, 2004–2009), bezeichnet die jüngste Forderung der Generalstaatsanwaltschaft von Belarus, die Rolle Litauens beim Völkermord am belarusischen Volk während des Zweiten Weltkriegs zu klären, als absurd.
03.06.2021	Die erneuten US-Sanktionen gegen den Konzern »Belneftechim« und eine Reihe seiner Unternehmen vom 20. April treten in Kraft. Das belarusische Außenministerium kündigt »Gegensanktionen« an, unter anderem eine Reduzierung des diplomatischen und technischen Personals der US-amerikanischen diplomatischen Vertretung in Minsk, eine Verschärfung der Visaverfahren, eine vorübergehende Einschränkung der Arbeit amerikanischer Fachkräfte in Belarus sowie die Widerrufung der Genehmigung für eine Tätigkeit der Organisation USAID in Belarus.
04.06.2021	Die Führung des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zeigt sich zutiefst besorgt über die möglichen Folgen der Änderungen in der belarusischen Gesetzgebung, die die strafrechtliche Verantwortung bei für Massenveranstaltungen und journalistischer Betätigung weiter verschärft.
04.06.2021	Allen belarusischen Fluggesellschaften wird untersagt, das Gebiet der Europäischen Union zu überfliegen oder auf Flughäfen in der EU zu landen. Diese Entscheidung trifft der Rat der Europäischen Union.

04.06.2021	Der Präsident Russlands, Wladimir Putin, erklärt, russische Geheimdienste seien nicht an der erzwungenen Landung einer Ryanair-Maschine in Minsk am 23. Mai 2021 beteiligt gewesen.
04.– 05.06.2021	Die Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« betrachtet das Interview mit dem Blogger Raman Pratasewitsch, das am 04. Juni 2021 vom belarussischen staatlichen Fernsehsender ONT verbreitet wurde, als entwürdigend und bezeichnet es als erzwungene Selbstbelastung. Swjatlana Zichanouskaja hat keine Zweifel, dass das Interview unter Einwirkung von Folter aufgezeichnet wurde.
08.06.2021	Bei einem Treffen mit dem belarussischen Außenminister Uladsimir Makej fordern Diplomaten der EU-Mitgliedstaaten, der USA, Großbritanniens, der Schweiz und Japans die belarussischen Behörden auf, die politischen Gefangene in Belarus unverzüglich freizulassen.
09.06.2021	US-Präsident Joe Biden verlängert die am 16. Juni 2006 gegen Aljaksandr Lukaschenka und eine Reihe belarussischer Funktionäre verhängten Sanktionen um ein Jahr bis zum 16. Juni 2022. Die Sanktionen umfassen die Beschlagnahmung des Vermögens der Personen auf der Sanktionsliste sowie des Vermögens ihrer Familien und Geschäftspartner in den USA.
10.06.2021	Abgeordnete aller Ebenen und Mitglieder des Rates der Republik der Nationalversammlung (Oberhaus des Parlaments) in Belarus verabschieden einen Appell an die internationale Gemeinschaft, in dem sie eine »unvoreingenommene Einschätzung« der Lage in Belarus fordern und verkünden, sie seien zu einem Dialog bereit, allerdings nicht unter Zwang.
11.– 13.06.2021	Im Rahmen eines dreitägigen Besuchs in Deutschland trifft sich Swjatlana Zichanouskaja in Berlin mit der Führung des Auswärtigen Amtes, Vertretern des Kanzleramts unter Angela Merkel sowie mit Vertreter:innen politischer Parteien in Deutschland und der belarussischen Diaspora. Der Hauptzweck des Besuchs besteht darin, eine angemessene Reaktion auf die Notlandung von Ryanair in Minsk und die Reaktion der EU auf das Vorgehen des Regimes in Belarus zu erörtern. Weitere Themen sind ein Hilfsprogramm für unterdrückte Student:innen, Förderprogramme für Ärzt:innen, Arbeiter:innen und unabhängige Medien in Belarus sowie eine Vereinfachung der Visaverfahren.
13.06.2021	Der Stom von Migrant:innen durch Belarus habe ein historisches Maximum erreicht, erklärt Litauens Ministerpräsidentin Ingrida Šimonytė in Wien bei einem Treffen mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz.
13.06.2021	Die Teilnehmer des Gipfeltreffens der G7-Staaten rufen zu freien Wahlen in Belarus auf.
14.06.2021	Nach einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten in Brüssel heißt es in einer Erklärung, ein demokratisches, souveränes und stabiles Belarus entspreche den Interessen des nordatlantischen Bündnisses.
15.06.2021	Der Direktor und Geschäftsführer von Ryanair, Michael O’Leary, macht bei einer Sitzung des Verkehrsausschusses des Unterhauses des britischen Parlaments eine Aussage über die Situation bei der Notlandung eines Ryanair-Flugzeugs am 23. Mai in Minsk. Er erklärt, dass die belarussischen Behörden vorsätzlich gegen sämtliche internationalen Luftverkehrsregeln und Sicherheitsstandards verstoßen hätten.
16.06.2021	Die Leiter der diplomatischen Vertretungen der EU-Staaten in Belarus treffen sich in Minsk mit Angehörigen von politischen Gefangenen in Belarus.
16.06.2021	US-Präsident Joe Biden spricht bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin in Genf die Lage in Belarus an.
15.06.2021	Neuseeland verhängt ein Einreiseverbot für über 50 Personen, die mit dem Regime von Lukaschenka in Verbindung stehen; betroffen von dieser Maßnahme ist auch Aljaksandr Lukaschenka.
21.06.2021	Die belarussischen Behörden haben die Arbeit des leitenden Menschenrechtsberaters im Büro der UN in Minsk eingestellt, gibt die die Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Michelle Bachelet, bei der Eröffnung der 47. UN-Menschenrechtstagung in Genf bekannt.
21.06.2021	Der Rat der Europäischen Union beschließt ein viertes Sanktionspaket gegen Belarus. Die neue Sanktionsliste umfasst 78 natürliche und acht juristische Personen, unter anderem die Unternehmen »Sochra«, »Bremino Group«, »Globalkastom-Management«, das »Belarussische Automobilwerk« (BELAZ), das »Minsker Automobilwerk« (MAS), LOGEKS und NNK (»Neue Ölgesellschaft«).
21.06.2021	Die Vereinigten Staaten verhängen Sanktionen gegen fünf weitere belarussische Unternehmen und 16 Personen. Auch Großbritannien und Kanada verhängen weitere Sanktionen gegen Belarus.

24.06.2021	Der Rat der EU verabschiedet zum ersten Mal in der Geschichte der Beziehungen zwischen der EU und Belarus sektorale Wirtschaftssanktionen gegen das Regime von Aljaksandr Lukaschenka; die Sanktionen sind eine Reaktion auf die Eskalation der schweren Menschenrechtsverletzungen in Belarus und die brutalen Repressionen gegen die Zivilgesellschaft, die demokratische Opposition und gegen Medienschaffende sowie auf die rechtswidrig erzwungene Landung einer Maschine der Fluggesellschaft Ryanair in Minsk am 23. Mai 2021 und die in diesem Zusammenhang erfolgte Festnahme des Journalisten Raman Pratasewitsch und dessen Freundin Sofija Sapega. Es werden u. a. Handelsbeschränkungen in Bezug auf Mineralölzeugnisse, Kaliumchlorid sowie auf Güter erlassen, die zur Erzeugung oder Verarbeitung von Tabakerzeugnissen verwendet werden. Darüber hinaus wird der Zugang zu den Kapitalmärkten in der EU eingeschränkt.
28.06.2021	Die litauische Innenministerin Agnė Bilotaitė kündigt an, es gebe Beweise für die Beteiligung belarusischer Grenzschutzbeamter an der illegalen Migration aus Belarus nach Litauen.
28.06.2021	Als Reaktion auf die von der EU verhängten Sanktionen setzt Belarus die Teilnahme am Programm der Östlichen Partnerschaft der EU aus, leitet ein Verfahren zur Aussetzung des Rückübernahmeabkommens mit der EU ein und verweigert »Vertretern europäischer Strukturen und Personen aus EU-Ländern, die zur Einführung restriktiver Maßnahmen beigetragen haben«, künftig die Einreise. Der Leiter der EU-Vertretung in Minsk, Dirk Schübel, wird aufgefordert, zu Konsultationen nach Brüssel auszureisen.
28.06.2021	Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärt, die EU sei bereit, die Zusammenarbeit mit dem belarusischen Volk trotz der Krise in den Beziehungen mit dem offiziellen Minsk fortzusetzen.
29.06.2021	Die Entscheidung von Belarus, das Rückübernahmeabkommen auszusetzen, bedeute nicht automatisch die Aussetzung des Visae erleichterungsabkommens zwischen der EU und Belarus, betont Nabila Massrali, EU-Sprecherin für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik. Das bedeutet, die EU wird die Visagebühren für Belarus:innen nicht von 35 auf 80 Euro anheben.
30.06.2021	Die Europäische Rundfunkunion setzt die Mitgliedschaft der belarusischen Rundfunkanstalt »Belteleradyjokampanija« in der Organisation aus.
02.07.2021	In Warschau trifft Bundesaußenminister Heiko Maas mit Vertreter:innen der demokratischen Kräfte von Belarus zusammen. Der Leiter des »Nationalen Antikrisen-Managements« von Belarus, Pawel Latuschka, bezeichnet die Notwendigkeit einer Anerkennung des Regimes von Aljaksandr Lukaschenka durch Deutschland und die EU als »kriminell und terroristisch«.
02.07.2021	Aljaksandr Lukaschenka erklärt, er habe die belarusischen Grenzschutzbeamten angewiesen, die Grenze zur Ukraine aufgrund angeblicher Waffenlieferungen aus der Ukraine vollständig zu schließen.
02.07.2021	Aufgrund des großen Zustroms von Migrant:innen, die die Grenze zu Belarus illegal überqueren, wird in Litauen ein Notstand ausgerufen.
05.07.2021	Das Büro von Swjatlana Zichanouskaja erhält in Litauen die Akkreditierung als »Vertretung der belarusischen Demokratie«.
05.07.2021	Das Korrespondentenbüro Minsk des in Polen registrierten »Europäischen Radios in Belarus« (Euroradio) wird geschlossen.
05.07.2021	Der ukrainische Außenminister, Dmytro Kuleba, dementiert, dass die am 02. Juli 2021 von Lukaschenka angekündigte Schließung der belarusisch-ukrainischen Grenze tatsächlich erfolgt ist.
05.07.2021	Die UN-Sonderberichterstatterin für die Lage der Menschenrechte Belarus, Anaïs Marin, legt einen weiteren Bericht zur Lage im Land für den Zeitraum vom 01. April 2020 bis 31. März 2021 vor. Die Situation in Belarus wird auf der 47. Tagung des UN-Menschenrechtsrates in Genf erörtert. Die beteiligten Staaten verurteilen die Menschenrechtsverletzungen in Belarus und fordern die belarusischen Behörden auf, die politischen Gefangenen unverzüglich freizulassen und die Repressionen gegen Bürger:innen einzustellen.
06.07.2021	Der seit Juni 2020 inhaftierte ehemalige potenzielle Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen 2020 und Leiter der »Belgazprombank«, Wiktar Babaryka, wird zu 14 Jahren Haft verurteilt. Die US-Botschaft in Belarus und Amnesty International verurteilen das Urteil gegen Babaryka.
06.07.2021	Das belarusische Außenministerium beschließt, die diplomatische Vertretung Litauens auf ein Minimum zu reduzieren.
06.07.2021	Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Island, Liechtenstein und Norwegen schließen sich dem vierten Paket von EU-Sanktionen gegen 78 Personen und sieben Unterbehörden in Belarus an.
06.07.2021	Der Vorsitzende des Europäischen Rates, Charles Michel, macht das Regime von Aljaksandr Lukaschenka für die gestiegene Zahl Migrant:innen und Flüchtlinge verantwortlich, die illegal über die Grenze aus dem benachbarten Belarus nach Litauen einreisen.

08.07.2021	Der Sprecher des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Peter Stano, reagiert scharf auf die jüngsten Repressionen gegen die unabhängige Zeitung »Nasha Niva« und andere belarusische unabhängige Medien. Dies sei inakzeptabel und müsse aufhören, so Stano.
12.07.2021	Norwegen schließt sich den sektoralen EU-Sanktionen vom 24. Juni gegen das Regime von Aljaksandr Lukaschenka an.
13.07.2021	Aljaksandr Lukaschenka reist nach St. Petersburg, um sich mit dem Präsidenten Russlands Wladimir Putin zu treffen. Besprochen wird u. a. die Kooperation im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich. Den offiziellen Mitteilungen der russischen Seite zufolge wird eine Einigung über die Höhe der Unterstützung durch Kredite an Belarus im Zusammenhang mit dem »Steuermanöver« in der russischen Ölindustrie erreicht.
13.07.2021	Die unabhängige belarusische Zeitung »Nasha Niva« stellt die Arbeit ihrer Redaktion in Belarus aus Sicherheitsgründen ein.
14.07.2021	Strafverfolgungsbehörden in Belarus führen Durchsuchungen bei Vertreter:innen von Menschenrechtsorganisationen und -initiativen und anderen Nichtregierungsorganisationen durch. Insgesamt werden laut Menschenrechtsaktivist:innen mindestens 30 Personen und Organisationen durchsucht und festgenommen. Die Durchsuchungsmaßnahmen gegen unabhängige Medien, Aktivist:innen und NGOs werden in den folgenden Wochen fortgesetzt.
14.07.2021	Der jüngste Angriff auf NGOs und Menschenrechtsverteidiger:innen in Belarus werde nicht ungestraft bleiben, erklärt der Sprecher des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Peter Stano.
15.07.2021	Das UN-Landesteam für Belarus fordert die belarusischen Behörden auf, dafür zu sorgen, dass die gesetzlichen Rechte der durchsuchten Organisationen und Bürger:innen gewahrt werden.
18.– 30.07.2021	Swjatlana Zichanouskaja hält sich zu einem Besuch in den USA auf. Sie trifft sich u. a. mit Vertreter:innen der belarusischen Diaspora, Präsident Joe Biden und dessen nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan, mit Außenminister Anthony Blinken, der Direktorin für politische Angelegenheiten im Außenministerium, Victoria Nuland, dem Berater des US-Außenministeriums, Derek Scholle, und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, Robert Menendez. Sie fordert die USA u. a. dazu auf, die Unterstützung für die belarusische Zivilgesellschaft zu verstärken, den Druck auf das Regime zu erhöhen (u. a. durch mit der EU abgestimmte Sanktionen gegen bestimmte »Geldbörsen« des Regimes), die an den Repressionen Beteiligten vor Gericht zu stellen, ein Signal an den Kreml zu senden mit der Aufforderung, die Unterstützung des Regimes einzustellen und nicht mit dem Regime zu kooperieren – auch nicht über Programme der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF).
23.07.2021	Russland lehne einen Dialog mit der Swjatlana Zichanouskaja ab, erklärt die Pressesprecherin des Außenministeriums der Russischen Föderation, Marija Sacharowa.
24.07.2021	Marie Struthers, Direktorin für Osteuropa und Zentralasien bei Amnesty International, kommentiert Berichte über die Entscheidung, mehr als 40 zivilgesellschaftliche Organisationen in Belarus aufzulösen. Die belarusischen Behörden müssten die Entscheidungen zur Auflösung der NGOs sofort überdenken, so Struthers.
25.07.2021	Bei der Zahl der Straf- und anderen Gefangenen pro 100.000 Einwohner steht Belarus in Europa an erster Stelle. Dies geht aus Statistiken hervor, die von der Istanbuler Strafrechtsakademie (Ceza Hukuku Akademisi) veröffentlicht wurden.
26.07.2021	Es wird bekannt, dass es in Belarus etwa 60 Nichtregierungsorganisationen gibt, deren Auflösung von den Behörden beschlossen wurde. Darunter sind Vereine, die sich mit Bildung, Wohltätigkeit, Ökologie, Behindertenhilfe und Kultur befassen.
28.07.2021	Die Europäische Union verurteilt ein Gerichtsurteil, durch das die Website des in Polen registrierten belarusischen Fernsehsenders »Belsat« sowie dessen Seiten in den sozialen Netzwerken als extremistisch eingestuft werden.
30.07.2021	Als Ergebnis der Maßnahmen der Behörden seien in Belarus »185 destruktive Strukturen identifiziert [worden], die eine potenzielle Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen«, erklärt Aljaksandr Lukaschenka bei einem Treffen mit regionalen Beamten.
30.07.2021	Das Goethe-Institut habe seine Arbeit in Belarus aufgrund einer entsprechenden Forderung des belarusischen Außenministeriums eingestellt, gibt der Leiter des Minsker Goethe-instituts, Jacob Racek, bekannt.
30.07.2021	Der Einsatz von Migrant:innen und Flüchtlingen zu politischen Zwecken sei nach Aussage des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, völlig inakzeptabel. Die Europäische Union werde Zunahme illegaler Migration aus Belarus weiterhin bekämpfen, so Borrell.

02.08.2021	Der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Paweł Jabłoński, teilt mit, Polen habe der belarussischen Sportlerin Kryszina Zimanouskaja, die an den Olympischen Spielen in Tokio teilgenommen und zuvor das Internationale Olympische Komitee um Hilfe gebeten hatte, ein humanitäres Visum angeboten. Zuvor hatte der Belarussische Solidaritätsfonds für Sport erklärt, dass Zimanouskaja gewaltsam aus Tokio nach Minsk verbracht werden sollte. Grund dafür sei angeblich gewesen, dass die Sportlerin öffentlich belarussische Sportfunktionäre kritisiert hat.
03.08.2021	Der Leiter des »Belarussischen Hauses in der Ukraine«, Wital Schyschou, wird in Kyjiw erhängt aufgefunden. Die Einrichtung beschäftigt sich damit, Belarus:innen zu helfen, die wegen politischer Verfolgung in ihrem Heimatland in die Ukraine gekommen sind.
03.08.2021	Der US-amerikanische Außenminister Antony Blinken kritisiert im Fall Zimanouskaja das Vorgehen von Belarus. Lukaschenkas Regime versuche, einen weiteren »Akt der grenzüberschreitender Repression« zu begehen, so Blinken.
04.08.2021	Die USA werden die Ermittlungen zum Tod des belarussischen Aktivisten Wital Schyschou in Kyjiw aufmerksam verfolgen, erklärt der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price.
02.08.2021	Amnesty International fordert die ukrainischen Behörden auf, den Tod des Aktivisten Wital Schyschou in Kyjiw effektiv zu untersuchen.
06.08.2021	Das Nationale Olympische Komitee von Belarus bestätigt Informationen, denen zufolge den belarussischen Leichtathletiktrainern, die Druck auf Kryszina Zimanouskaja ausgeübt hatten, die Akkreditierung bei den Olympischen Spielen entzogen wurde.
09.08.2021	Großbritannien verhängt weitere Sanktionen gegen Belarus. Die Sanktionen verhindern Flüge und Landungen von Maschinen belarussischer Fluggesellschaften in Großbritannien und untersagen technische Hilfe für die Flotte von Luxusflugzeugen von Lukaschenka sowie den Verkauf von Produkten belarussischer Staatsunternehmen in Großbritannien.
09.08.2021	Am Jahrestag der Präsidentschaftswahlen in Belarus äußert sich die Führung des Menschenrechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE besorgt über die sich verschlechternde gesellschaftspolitische Lage im Land und fordert sofortige Schritte zur Beendigung der Menschenrechtskrise in Belarus.
09.08.2021	Amnesty International kritisiert in einer Erklärung das belarussische Regime für dessen entfesselte »Kampagne brutaler Repressionen gegen abweichende Meinungen und eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen und Taten, die gemäß dem Völkerrecht ein Verbrechen darstellen«.
09.08.2021	Kanada verhängt als Reaktion auf anhaltende und systematische Menschenrechtsverletzungen in Belarus Sanktionen gegen »Schlüsselsektoren der belarussischen Wirtschaft«.
09.08.2021	Die USA erweitern ihre Sanktionen gegen Belarus. Die Sanktionen werden in Bezug auf Personen eingeführt, die in bestimmten Wirtschaftssektoren tätig sind, darunter in Bereichen wie Verteidigung, Sicherheit, Energie, Kalidüngemittel, Tabakerzeugnisse, Bauwesen oder Verkehr. Insgesamt betreffen die Sanktionen 23 Privatpersonen und 21 Unternehmen in Belarus.
10.08.2021	Lettland ruft an der Grenze zu Belarus den Notstand aus. Grenzschutzbeamte dürfen physische Gewalt und spezielle Ausrüstung für die sofortige Rückführung von Personen anwenden, die illegal die Grenze aus Belarus überschritten haben.
10.08.2021	Dem belarussischen Außenministerium zufolge zielen die US-amerikanischen, kanadischen und britischen Sanktionen darauf ab, die Souveränität und Unabhängigkeit von Belarus zu untergraben, erklärt Außenminister Uladsimir Makej.
11.08.2021	Das belarussische Außenministerium zieht seine Zustimmung zur Ernennung von Julie Fisher zur US-Botschafterin in Minsk zurück.
11.08.2021	Die Minsker Repräsentanz von »DVV International« (des Instituts für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes) wird von den belarussischen Behörden geschlossen.
12.08.2021	Ab Dezember 2021 werden die Produkte des belarussischen Herstellers von Kalidüngemitteln »Belaruskali« nicht mehr durch Litauen transportiert, verkündet der litauische Verkehrs- und Kommunikationsminister Marius Skuodis.
15.08.2021	Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis und die erste stellvertretende US-Außenministerin, Wendy Sherman, fordern die belarussischen Behörden auf, die Förderung illegaler Migration aus Belarus in die EU unverzüglich einzustellen.
15.08.2021	Die Europäische Union kündigt an, dass im Rahmen des Programms »EU4Belarus: Solidarität mit der Bevölkerung von Belarus« Stipendien für Studierende ausgeschrieben werden, die Opfer der Repressionen geworden sind.

17.08.2021	Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet die Situation mit den illegalen Einwanderungen aus Belarus als einen Angriff auf die gesamte EU.
18.08.2021	Das litauische Außenministerium sendet eine diplomatische Note an Belarus, in der es seinen entschiedenen Protest gegen die wiederholten Verletzungen der Staatsgrenze zum Ausdruck bringt. Es wird darauf hingewiesen, dass am Tag zuvor, am 17. August, 12 belarusische Sicherheitsbeamte versucht hätten, eine Gruppe von 35 Migrant:innen auf das Territorium Litauens zu drängen.
20.08.2021	Die Zeitung »Washington Post« veröffentlicht einen Leitartikel, in dem sie die Regierung von US-Präsident Joe Biden auffordert, den Internationalen Währungsfonds davon zu abzubringen, Belarus Gelder zur Verfügung zu stellen. Der IWF plant, die Rekordsumme von 650 Milliarden Dollar unter den Ländern zu verteilen, damit diese sich von der Covid-19-Pandemie erholen; Belarus soll davon rund 1 Milliarde US-Dollar erhalten. Am nächsten Tag fordert Swjatlana Zichanouskaja den IWF auf, den Zugang des belarusischen Regimes zu IWF-Geldern zu blockieren.
20.08.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erörtern bei einem Treffen in Moskau die Lage in Belarus.
24.08.2021	Der Nordatlantikrat – das politische Gremium der NATO – beschließt auf einer Sitzung, im Zusammenhang mit der Lage an der Grenze zu Belarus ein Counter Hybrid Support Team (CHST) nach Litauen zu entsenden.
29.08.2021	Die Europäische Journalisten-Föderation (EFJ) und die Internationale Journalisten-Föderation (IFJ) verurteilen die jüngste Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Belarus zur Auflösung des Belarusischen Journalistenverbandes (BAJ) aufs Schärfste.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen BelaPAN und BelTa sowie des Nachrichtenportals naviny.by. bzw. naviny.online.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
 Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laenderanalysen.de/zentralasien/>